

Kommunalwahlprogramm Volt

Hochtaunuskreis: Fortschritt statt Rechtsruck

Fortschritt braucht Mut - Fortschritt braucht Volt

Volt steht in Europa und im Hochtaunuskreis für eine lösungsorientierte, pragmatische und zukunftsgerichtete Politik. Wir begreifen uns als Teil der europäischen Gemeinschaft, die auf der Basis unserer gemeinsamen Werte an einer lebenswerten Zukunft arbeitet. Wir werden die Politik im Hochtaunuskreis europäischer gestalten und die Art und Weise, wie Politik gemacht wird, neu denken und weiterentwickeln. Wir treten mit dem Ziel an, innovative, europäische Lösungen für den Kreis zu entwickeln. Im Fokus stehen eine transparente Politik, digitale Infrastruktur, nachhaltige Stadtentwicklung, soziale Teilhabe und eine moderne Verwaltung, um den Hochtaunuskreis zukunftsfähig zu gestalten.

Warum es Volt im Hochtaunuskreis braucht

Aus einer europäischen Bewegung heraus hat sich Volt Europa als paneuropäische Partei gegründet, um gemeinsam die Zukunft Europas grenzüberschreitend zu gestalten. Viele Herausforderungen unserer Zeit können wir effektiver und gezielter meistern, wenn wir als Gemeinschaft mit dem Ziel eines vereinten Europas denken und handeln.

Weltweit erstarken populistische Kräfte und vielerorts ist ein Trend zur Isolation statt zur Kooperation erkennbar. Die Sorge vor Krieg, Wirtschaftskrisen und Klimawandel bewegt nicht nur Europa, Deutschland und Hessen; sie bewegen uns auch in Königstein, Kronberg, Steinbach, Oberursel, Bad Homburg, Glashütten, Schmittlen, Friedrichsdorf, Usingen, Neu-Anspach, Wehrheim, Weilrod und Grävenwiesbach.

Genau an dieser Stelle setzt sich Volt für eine konstruktive und progressive Politik ein. Wir sind proeuropäisch, weil wir die Vorteile, die Notwendigkeit und die großen Errungenschaften des Projekts Europäische Union und deren Zusammenarbeit

erkennen und fördern wollen. Wir arbeiten mit Freiwilligen aus ganz Europa an Ideen für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft. Nur gemeinsam und auf allen politischen Ebenen kann es uns gelingen, nationale Egoismen und nationalistische Bestrebungen zu überwinden. Genau deshalb steht unser Wahlkampf zur Kreistagswahl unter dem Motto **"Fortschritt statt Rechtsruck"**.

Volt Europa ist die erste paneuropäische Partei. Wir sind in fast allen Ländern Europas aktiv und verfolgen überall dieselben übergeordneten Ziele. Seit 2019 sind wir im Europäischen Parlament vertreten, seit der Europawahl 2024 sogar mit fünf Abgeordneten aus zwei Ländern; der Hochtaunuskreis hat uns dabei mit über 3.306 Stimmen unterstützt. In Frankfurt ist Volt 2021 zum ersten Mal zur Kommunalwahl angetreten und hat mit über 10 Mandaten in verschiedenen Gremien den Einstieg in die Stadtpolitik geschafft. Seitdem hat sich Volt als aktiver Teil einer progressiven Mehrheit an wichtigen Entscheidungen beteiligt und so die Zukunft Frankfurts als verlässlicher Partner gestaltet und sich pragmatisch für sinnvolle Kompromisse eingesetzt. Mit der Besetzung des Dezernats V konnte Volt auch neue Entwicklungen und Herangehensweisen im Bereich der Digitalisierung und Bürger*innenbeteiligung einführen.

Seitdem hat sich weltpolitisch und kommunalpolitisch viel verändert, und wir - Volt Hochtaunus - möchten nun erstmals zur Kreistagswahl am 15. März 2026 antreten.

Volt steht in Europa und im Hochtaunuskreis für eine lösungsorientierte, pragmatische und zukunftsgerichtete Politik. Wir begreifen uns als Teil der europäischen Gemeinschaft, die auf der Basis unserer gemeinsamen Werte an einer lebenswerten Zukunft arbeitet. Wir werden die Politik im Hochtaunuskreis europäischer gestalten und die Art und Weise, wie Politik gemacht wird, neu denken und weiterentwickeln. ***Denn: Fortschritt braucht Mut, Fortschritt braucht Volt.***

Fortschritt braucht Mut - Fortschritt braucht Volt	0
Warum es Volt im Hochtaunuskreis braucht	0
Bildung	4
Herausforderung	4
Lösungen	4
Bildungsbau	4
Gutes Schulesen	5
Schüler*innen-Beteiligung	5
Gesundheit & Prävention im Schulalltag	6
Best Practice - Schüler*innen Haushalt	7
Kreishaushalt - solide, transparente und zukunftsgerichtete Finanzen	8
Herausforderung	8
Lösungen	8
Best Practice - Bürgerhaushalte in Deutschland	9
Verwaltung	10
Gesundheit	11
Herausforderungen	11
Lösungen	11
Schutzplätze	13
Soziales	14
Rassismus	14
LGBTQIA+	14
Antisemitismus	15
Nachhaltige Mobilität	16
Herausforderung	16
Lösungen	16
Best Practice Greater Manchester: Wie Metropolregionen bereits umsteuern	18
Umwelt	19
Herausforderungen	19
Lösungen	19
Transparenz und Bürgerbeteiligung	21
Herausforderungen	21
Lösungen	22
Inklusion und Integration	23
Newcomer und Expats	23
Herausforderung	23
Lösung	23
Integration von Geflüchteten	24
Herausforderung	25
Lösungen	25
Best Practice - Kontakten	26

Best Practice - Wiesbaden: Arbeitsmarkt- und Integrationsberatung für Geduldete und Gestattete	26
Wohnen	28
Preiswerter Wohnraum – das soziale Thema unserer Zeit	28
Herausforderungen	28
Lösungen	28
Best Practice - Frankfurt: Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen	29

Bildung

Volt versteht lebenslanges Lernen als einen zentralen Baustein für gesellschaftliche Teilhabe, individuelle Entwicklung und die Stärkung der kommunalen Gemeinschaft. Ziel ist es, allen Bürger:innen unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Status den Zugang zu Bildung und Weiterbildung zu ermöglichen.

Herausforderung

Der Hochtaunuskreis hat, anders als in anderen Landkreisen in Hessen, stetig in den Schulbau investiert. In den vergangenen 20 Jahren hat der Hochtaunuskreis rund 900 Mio. in das Programm „Schulen für das 21. Jahrhundert“ investiert. Allerdings gibt es auch hier noch viel zu tun:

- Moderne Schulbaukonzepte
- Herausforderungen der Integration
- Mangelnde oder fehlende digitale Ausstattung von Schulen
- Fehlendes Personal
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab August 2026 umzusetzen
- Gutes, gesundes Schulessen für alle Schüler*innen

Lösungen

Bildungsbau

- Alle Schulbauprojekte sollen nach klaren pädagogischen und baulichen Kriterien priorisiert werden. Eine öffentlich zugängliche Online-Plattform soll Zeitpläne, Fortschritte und Kosten transparent machen.
- Während langfristige Projekte geplant werden, braucht es kurzfristige Verbesserungen: etwa die Sanierung von Schultoiletten, bessere Belüftung, Hitzeschutz, Klimaanlage, bessere Lichtverhältnisse und digitale Infrastruktur in bestehenden Gebäuden. Auch bauliche Anpassungen, um den Bedürfnissen behinderter Kinder gerecht zu werden, sind an dieser Stelle zu erwähnen.
- Alle Neubauten und Sanierungen sollen die Klimaziele des Kreises erfüllen. Dazu gehören Hitzeschutz, Klimaanlage, Gebäudebegrünung, Photovoltaikanlagen, Anbindung ans Fernwärmenetz und zukunftsfähige Baustandards.

- Bildung braucht moderne Ausstattung – überall. Volt setzt sich für flächendeckendes WLAN, zuverlässige Endgeräte für alle Schüler*innen und eine digitale Infrastruktur für Distanzunterricht und Lernplattformen ein.
- Der Kreis muss **Erzieher*innen und Lehrer*innen** stärker bei der Suche nach passendem Wohnraum helfen und bei Bedarf auch finanziell unterstützen. Volt setzt sich für die Bereitstellung von Wohnungskontingenten für solche systemrelevanten Berufsgruppen ein.
- IT-Servicegesellschaft, Marburg Best Practice

Gutes Schulessen

Wir wollen alle Schulen und Kitas in die Lage versetzen, täglich kostenlose, gesunde, regionale und ökologisch nachhaltige Verpflegung anzubieten. Derzeit kostet ein Mittagessen 5€, bereitgestellt durch den Taunus-Menü Service - ob das Essen, das den Schüler*innen vorgesetzt wird 5€ wert ist, ist fraglich. Wir setzen uns für besseres Management des Taunus-Menü-Service und damit ein besseres Essensangebot für Schüler*innen ein.

Wir wollen die Ernährungsbildung durch die Einführung von Ernährungsscouts oder Ernährungsfachkräften an Schulen stärken. Diese sorgen für Qualitätssicherung, Wissensvermittlung und Schüler*innenbeteiligung. „Urban Garding – Microfarming“: Wir bauen unsere lokale, urbane Ernährungskultur aus. Dazu werden wir „Urban Gardening“ und den Anbau von Obstbäumen auf öffentlichen Flächen und an Schulen fördern und Angebote zur Wissensvermittlung schaffen.

Schüler*innen-Beteiligung

- Wir fordern Rederecht für den Kreisschülerrat im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Freizeit - Schüler*innen haben ein Recht darauf, in den Gremien angehört zu werden, die über ihre Schulen entscheidet.
- Volt will Schüler*innen stärker in Schulentwicklung und Bauprojekte einbinden – z. B. über Schüler*innen-Haushalte, bei denen sie über ein eigenes Budget mitentscheiden. So können sie auch bei Sanierungsprioritäten involviert werden.

Gesundheit & Prävention im Schulalltag

2025 lebten über 42.000 Kinder und Jugendliche im Hochtaunuskreis, das sind 18% der Gesamtbevölkerung im Kreis, die meisten Kinder und Jugendliche leben im Vordertaunus.¹ Über 10.000 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren leben im Hochtaunuskreis.²

Besonders die psychische Gesundheit dieser Altersgruppe hat unter den großen Herausforderungen und Einschnitten der Covid-Pandemie sowie dem Klimawandel gelitten.

Die Wartezeiten auf einen Therapieplatz sind lang und die übrigen Hilfesysteme sind chronisch überlastet. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die langfristige Finanzierung von Beratungsstellen an Schulen und kreisweit, wie zum Beispiel die Beratung bei Mobbing, sichergestellt wird.

Die Coronapandemie hat gezeigt, wie schnell sich Viren verbreiten können. Gerade Schulen gelten auch z.B. in der Grippezeit immer wieder als Infektherde. Zum Schutz der Gesundheit von Schüler*innen und Lehrkräften fordern wir die flächendeckende Installation von Luftfiltern in Klassenräumen sowie moderne Lüftungssysteme.

¹

<https://www.hochtaunuskreis.de/Verwaltung/Verwaltungssteuerung-Organisation-Demografie-und-Statistik/Demografie/>

² <https://statistik.hessen.de/unsere-zahlen/bevoelkerung/anteil-der-jugendlichen-in-hessen-2024>

Best Practice - Schüler*innen Haushalt

In Berlin und Brandenburg können sich Schüler*innen bereits seit dem Jahr 2015 aktiv über ein Schüler*innenbudget an der Gestaltung ihrer Schule beteiligen und dabei Demokratie leben sowie Verantwortung übernehmen.

Kreishaushalt - solide, transparente und zukunftsgerichtete Finanzen

Der Kreis ist der Träger wesentlicher öffentlicher Leistungen – von Nahverkehr, bis zu Wirtschaftsförderung, Bildungsbau, Integration und Klimaschutz. Damit diese Aufgaben erfüllt werden können, braucht es stabile, verlässliche und vorausschauend geplante **Finanzen**.

Herausforderung

Die finanzielle Lage vieler Kommunen und Landkreise in Deutschland – und besonders in Hessen – ist angespannt. Steigende Ausgaben für Pflichtaufgaben wie Kinderbetreuung, Bildung, soziale Sicherung oder die Energieversorgung treffen auf stagnierende oder unsichere Einnahmeströme. Kommunale Haushalte geraten dadurch zunehmend unter Druck, notwendige Investitionen in ihre Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu verschieben oder ganz auszusetzen.

Zugleich fehlt es vielerorts an moderner Haushaltsführung und Transparenz. Kommunale Budgets sind für viele Bürger*innen undurchschaubar. Beteiligungsinstrumente wie Bürgerhaushalte, Priorisierungsdialoge oder Open Budget Portale sind bislang die Ausnahme.

Dies erschwert nicht nur das demokratische Verständnis für kommunalpolitische Entscheidungen, sondern senkt auch die Akzeptanz für notwendige Investitionen, etwa im Klimaschutz oder im Verkehrsbereich. Haushaltsdebatten werden so oft auf rein verwaltungstechnische Verfahren reduziert – statt auf Zukunftsvisionen, strategische Ziele oder Wirkungskontrolle zu setzen.

Hinzu kommt ein entscheidendes strukturelles Defizit: Die aktuelle kommunale Finanzpraxis besteht häufig darin, dass die bisherigen Haushaltszahlen einfach fortgeschrieben werden.

Die kommunale Finanzpolitik steht an einem Wendepunkt. Zwischen **Verpflichtung zur Haushaltsdisziplin**, dem **Druck zu investieren** und dem **Anspruch auf demokratische Teilhabe** braucht es neue, mutige Wege, wie Kommunen ihre Finanzen strukturieren, steuern und transparent machen – insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte.

Lösungen

- **Einführung von Zero-Based Budgeting (ZBB):** statt den Haushalt einfach weiterzuführen, wird jede Ausgabe von Grund auf gerechtfertigt - dies führt nachweislich zu einer effizienten Ressourcenverteilung
- **Förderung von Bürgerhaushalten und Open Budget-Plattformen:** fördert Transparenz und Bürgerbeteiligung

- **Digitalisierung der Finanzverwaltung:** fördert Effizienz und schafft zusätzliche Kapazitäten
- **Integration von Klimaschutz in die Finanzplanung**
- **Effiziente Nutzung von Fördermitteln auf Bundes- und EU-Ebene**
- **Förderung sozialer Gerechtigkeit durch Finanzpolitik**

Best Practice - Bürgerhaushalte in Deutschland

In Deutschland haben zahlreiche Kommunen erfolgreich Bürgerhaushalte eingeführt, um die Bürgerbeteiligung zu stärken. Beispielsweise hat die Stadt Oranienburg in Brandenburg ein Bürgerbudget von 120.000 Euro für das Jahr 2025 bereitgestellt, über dessen Verwendung die Bürger direkt mitentscheiden können. Solche Initiativen fördern die Transparenz und das Vertrauen der Bürger in die kommunale Haushaltsplanung.³

³<https://www.fr.de/rhein-main/darmstadt/darmstadt-einfluss-auf-staedtischen-etat-92065013.html>
https://da-bei.darmstadt.de/page/buergerhaushalt_uebersicht

Verwaltung

Herausforderungen

- **Ressourcenknappheit:** Kommunen stehen unter hohem Digitalisierungsdruck, aber es fehlen Personal, Expertise und finanzielle Mittel für die schnelle Transformation.
- **Insellösungen:** Fragmentierte IT-Strukturen und fehlende Kooperation verhindern die Effizienz und führen zu unnötig hohen Kosten.
- **Datensilos und Bürokratie:** Daten werden nicht verwaltungsübergreifend genutzt. Das Onlinezugangsgesetz (OZG) wird zu langsam umgesetzt.
- **Fehlende Inklusion:** Die zunehmende Digitalisierung schließt Menschen aus, die digitale Angebote nicht nutzen können oder wollen.
- **Technik-Fixierung:** Der Fokus liegt oft auf der Technologie selbst, statt auf dem tatsächlichen Mehrwert für Bürger:innen, Datenschutz, Nachhaltigkeit und Teilhabe.

Lösungen

Digitalisierung wird als Werkzeug genutzt, um das Leben der Bürger:innen einfacher, schneller und inklusiver zu gestalten. Hessens Kommunen sollen zu Vorreitern einer europäischen, offenen und menschenzentrierten Digitalisierung werden.

Digitale Verwaltung: Digitale Akte verpflichtend einführen. Einheitliche, zentrale IT-Infrastruktur über interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) nutzen.

OZG & Services: Priorisierung der OZG-Umsetzung, um alle notwendigen Leistungen digital verfügbar zu machen. Digitale Beantragung für alle Gewerbebeanmeldungen ermöglichen.

Smart City: Aufbau einer offenen Datenplattform, die anonymisierte Daten für Forschung, Wirtschaft und Bürger:innen bereitstellt.

Nachhaltigkeit: Papierloser Verwaltungsvollzug als Standard. IT-Beschaffungen unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien

Analoges Grundrecht: Garantie persönlicher Vorsprachen, Sicherstellung telefonischer Erreichbarkeit und Bargeld-Zahlung für alle Dienstleistungen. Einrichtung von digitalen Kompetenzzentren (Hubs).

Teilhabe & Ethik: Keine automatisierten Entscheidungen ohne menschliche Kontrolle. Bevorzugung von Open-Source-Software. Einsatz von KI nur unter Einhaltung ethischer Grundsätze.

Gesundheit

Herausforderungen

Unser Gesundheitssystem, auch im Hochtaunuskreis, steht vor tiefgreifendem Wandel. Die Krankheitslast schreitet demographisch bedingt weiter, gleichzeitig sind über 50% der ÄrztInnen über 60 Jahre alt und der Hausarztberuf ist für viele junge Mediziner aufgrund hoher Arbeitsbelastung, Bürokratie, Verantwortung und der Unsicherheit bei der Praxisgründung unattraktiv. Ferner wird das Rekrutieren von Fachpersonal immer schwierig, denn schon jetzt arbeiten eine sehr hohe Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund im Gesundheitssektor, ein gezieltes Anwerben von weiteren Personal stellt ein moralisches Dilemma dar: Die Versorgungslücken in den Herkunftsländer vergrößern sich und die Kosten der erfolgten Ausbildung werden durch die Herkunftsländer getragen.

- **Versorgungsengpässe:** Zunehmender Mangel an Haus- und Fachärzten, besonders im Usinger Land, erschwert die wohnortnahe Gesundheitsversorgung.
- **Überlastung:** Kliniken, Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz sind aufgrund von Fachkräftemangel, demografischem Wandel und Krisen (Klima, Pandemie) oft am Limit.
- **Mangelnde Prävention:** Es fehlen flächendeckende, niedrigschwellige Präventionsstrukturen, die gesundheitliche Ungleichheit verringern und die Belastung durch umweltbedingte Risiken (Hitze, Lärm) adressieren.
- **Fehlende Integration und Koordination:** Die Sektoren Medizin, Pflege, Prävention und Sozialwesen sind nicht ausreichend vernetzt, was zu ineffizienten Prozessen und suboptimaler Patient:innenversorgung führt.
- **Pflegenotstand:** Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen ist durch Personalmangel, fehlendem Nachwuchs und fehlende lokale Unterstützungsangebote stark gefährdet.
- **Hebammenversorgung:** die Hebammenversorgung im Hochtaunuskreis ist unzureichend, viele Familien finden keine Betreuung unter der Geburt oder im Wochenbett.

Lösungen

Ziel ist eine gerechte, wohnortnahe und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung, die Prävention, Versorgung und Pflege zusammendenkt und kommunale Strukturen stärkt. Volt setzt sich für eine konsequente Umsetzung einer hausarztzentrierten Versorgung ein. Dieses Versorgungskonzept sichert die wohnortnahe Grund- und Regelversorgung der Bevölkerung und im individuellen Bedarfsfall eine gezielte weitere Überweisung zu den nachgeordneten Versorgungsstrukturen (ambulante FachärztInnen, Notfallaufnahme, Krankenhaus/Klinik).

Dezentrale Primärversorgung: Einrichtung kommunaler Gesundheitszentren (MVZ) als Anlaufstellen für Ärzt:innen, Pflege, Physio etc. Förderung der Telemedizin und digitaler Gesundheitsanwendungen.

Landärzte: Bereitstellen von zentralen, günstigen Praxisräumlichkeiten für Einzelpraxen, Praxisgemeinschaften, Gemeinschaftspraxen und Inhabergeführten MVZ. Die Mieter dieser Räumlichkeiten verpflichten sich, entsprechende Sprechzeiten und Tätigkeitszeiten für gesetzlich Versicherte nachzuweisen. Volt setzt sich für eine konsequente Umsetzung einer hausarztzentrierten Versorgung ein.

Pflege & Senioren: Aufbau von Seniorenbüros für Beratung und soziale Treffpunkte. Förderung alternativer Wohnformen und generationenübergreifender Wohnkonzepte. Erhalt der St. Josefs-Klinik in Königstein als Geriatrie-Kompetenzzentrum

Krisenvorsorge: Stärkung des Ehrenamts in Rettungsdiensten und Feuerwehr. Investition in moderne, digitale Einsatzkoordination.

Prävention: Entwicklung lokaler Gesundheitsberichte (Daten-basiert) und Aufbau einer kommunalen Präventionskette.

Netzwerk & Kooperation: Gründung interdisziplinärer Gesundheitsnetzwerke (Ärzte, Krankenhäuser, soziale Dienste). Einführung eines kommunalen Gesundheitskoordinators.

Preisgünstiges Wohnen für Pflege- und Arztpersonal: Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet das neue Personalwohnheim auf dem Campus der Hochtaunus-Kliniken in Bad Homburg.

Hebammen-Stipendium: Ziel ist es, die Hebammenversorgung flächendeckend sicherzustellen und nachhaltig auszubauen. Wir befürworten ein Hebammen-Stipendium mit Niederlassungspflicht nach Ausbildung, erweiterte Datenerfassung zur Erkennung von Versorgungslücken und eine zentrale Koordinierungsstelle für Hebammen im Kreis, diese gibt es z.B. bereits im Main-Taunus-Kreis. Das Land Hessen fördert seit August 2024 bis Ende 2027 die Neu- und Wiederaufnahme einer freiberuflichen Hebammentätigkeit sowie die Gründung oder (Leistungs-) Erweiterung eines hebammengeführten Geburtshauses. Hier sollte der Kreis einhaken und stärker für das Förderprogramm werben, damit sich mehr Hebammen im Hochtaunuskreis niederlassen.⁴

Wir unterstützen die Förderung alternativer Wohnformen und generationsübergreifende Wohnungskonzepte (siehe Kapitel *Wohnen*). Wir setzen uns auch für den Erhalt des St. Josefs-Krankenhauses in Königstein ein, da wir den weiterhin steigenden Bedarf an Versorgungsleistungen sehen und auch die Resilienz

4

<https://familie.hessen.de/gesundheits-und-pflege/hebammen/hebammen-niederlassungsfoerderung/richtlinie-zur-foerderung-der-niederlassung-freiberuflicher-hebammen-niederlassungsfoerderung>

und Krisenvorsorge im Hochtaunuskreis stärken wollen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass durch geeignete Datenerhebungen Versorgungslücken frühzeitig erkannt werden können, um die Gelegenheit von rechtzeitigen Korrekturen zu ermöglichen.

Schutzplätze

Volt ist fest davon überzeugt, dass Geschlechtergerechtigkeit ein zentraler Bestandteil einer modernen Gesellschaft sein muss. Um geschlechtsspezifische Gewalt zu beenden, setzen wir uns für die konsequente Umsetzung der "Istanbul Konvention" ein. Sie bekämpft Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch Opferschutz, Prävention, Strafverfolgung und Gleichstellung der Geschlechter. Wir begrüßen auch das 2025 in Kraft getretene Gewalthilfegesetz. Allerdings bedauern wir, dass der Rechtsanspruch auf Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsangebote erst 2032 in Kraft tritt.

Wir von Volt machen uns daher schon heute dafür stark, dass die Frauenhausplätze in Hessen auf eine ausreichende Anzahl erhöht werden, sowie dazu ergänzend ein kommunaler Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz besteht. Im Hochtaunuskreis gibt es derzeit nur ein Frauenhaus in Oberursel, es besteht aber genauso Bedarf an Schutzplätzen im Hintertaunus. Genauso muss es auch Schutzräume und Beratungsstellen für Männer und non-binäre Menschen geben, wir unterstützen die Arbeit der Männerberatungsstelle der Diakonie Bad Homburg, die teilweise durch den Kreis finanziert wird.

Durch eine umfassende Präventionsstrategie, die Unterstützung von z. B. Männergruppen, die sich für Gewaltprävention einsetzen und erweiterte Täterarbeit, wollen wir eine Sensibilisierung der gesamten Bevölkerung für häusliche Gewalt erreichen und Hilfe ermöglichen.

Soziales

Rassismus

Rassismus ist ein vielschichtiges, gesellschaftliches Problem, das sich tagtäglich in unterschiedlichen Formen zeigt und ganz spezifische Auswirkungen auf die jeweiligen Individuen und Gruppen hat. Von subtilen Mikroaggressionen bis hin zu strukturellen Ungleichheiten in Bildung, Arbeitsmarkt oder Wohnungswesen; Rassismus prägt Institutionen, Diskurse und soziale Beziehungen, oft unsichtbar, aber mit nachhaltigen Folgen für alle Betroffenen und für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Im Hochtaunus, einem vielfältigen Landkreis, der so nah an der internationalen Metropole Frankfurt liegt, bedeutet die Auseinandersetzung mit Rassismus auch die Verantwortung, ihn klar zu benennen und in all seinen Facetten sichtbar zu machen. Deshalb stehen wir entschlossen gegen Anti-Schwarzen, Anti-Muslimischen, Anti-Slawischen, Anti-Asiatischen-Rassismus, sowie Antiziganismus. Denn Rassismus richtet sich nicht abstrakt, sondern gezielt gegen Menschen und Gruppen, alle sind auf unterschiedliche Weise von Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt betroffen. Der Kampf gegen Rassismus verlangt einen umfassenden Ansatz. Strukturelle Reformen, institutionelle Selbstkritik und Veränderung, kulturelle Sensibilisierung und Aufklärung, klarer Abgrenzung gegenüber extremistischen Ideologien und die Förderung einer solidarischen Alltagskultur, die Vielfalt als Stärke begreift. Wir möchten, dass der Hochtaunus eine lebenswerte, inklusive Region wird, in der alle Menschen frei, sicher und selbstbestimmt leben können.

LGBTQIA+

Die Gleichberechtigung von queeren Personen ist auch heute noch nicht selbstverständlich. Insbesondere die Entwicklungen der letzten Monate und Jahre zeigen, dass die Bedrohung von queeren Leben durch einzelne Gewalttäter*innen, aber auch durch staatliche Institutionen weltweit zunimmt. Veranstaltungen im Rahmen des Christopher Street Day (CSD) sind deshalb weiterhin essentiell, um auf die fehlende Gleichberechtigung und die Bedrohung von queeren Personen aufmerksam zu machen und queeres Leben zu feiern. Der Hochtaunuskreis muss das sichere Stattfinden des CSD auch in Zukunft gewährleisten und wenn nötig auch finanziell unterstützen. Um Gleichberechtigung am Arbeitsplatz zu fördern, stärken wir Kooperationen mit lokalen Unternehmen, die sich dem weltweiten Trend widersetzen, Gender- und Diversitätskampagnen sowie entsprechende Förderungen in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung abzubauen. Wir fördern politische

Bildungsarbeit zur Sensibilisierung zu Themen wie Diskriminierung von LGBTQIA+ Menschen und Menschen mit einer Behinderung. Dazu wollen wir, dass Verwaltungsmitarbeiter*innen im Bereich Antidiskriminierung und Inklusion geschult werden und Bildungsangebote für Schulen ausgebaut werden.

Volt unterstützt die Arbeit der Beratungsstelle 'vielfältig BUNT'. Die Arbeit soll verstetigt und intensiviert werden und durch den Kreis bezuschusst werden. Queere Personen, insbesondere Jugendliche, brauchen Safe Spaces, (anonyme) Beratungsstellen bzgl identity struggle & coming out, Hilfestellungen bei Diskriminierung und Schutz bei unsicherem familiären Umfeld.

Antisemitismus

Wir wollen jüdisches Leben und Kultur im Hochtaunuskreis sicher und sichtbar machen. Volt stellt sich gegen jede Form von Antisemitismus. Dazu gehören unter anderem auch religiöser, kultureller, rassistischer, ökonomischer, israelbezogener, linker, sekundärer sowie philosemitischer Antisemitismus.

Wir wollen, dass jüdische Einrichtungen umfassend geschützt werden, indem neben finanzieller Förderung auch die Kooperationen der Behörden verbessert werden.

Wir fördern den Austausch mit der jüdischen Community, bspw. durch interreligiösen Dialog in Kitas und Schulen.

Nachhaltige Mobilität

Ziel unseres Mobilitätskonzeptes ist eine starke Region, die ihre Mobilität systematisch koordiniert, Verkehrsangebote effizienter gestalten kann, soziale Teilhabe stärkt, Flächenverbrauch reduziert und Klimaziele erreichbar macht. Der ÖPNV muss nachhaltiger, pünktlicher und flächendeckender werden. Besonders Stadtbusse können auf Elektroantrieb umgestellt werden. Ebenso wichtig ist, dass die Mobilität inklusiver wird - für Jung und Alt. Ziel ist es, den Kraftstoffverbrauch und die Emissionen so zu reduzieren, dass unsere Umwelt weniger belastet wird. Letztlich geht es darum, einen nachhaltigen Verkehr einzuführen, der weniger Ressourcen verbraucht, mehr Grünflächen zulässt und zum Umweltschutz beiträgt.

Herausforderung

Wer im Rhein-Main-Gebiet unterwegs ist, erlebt jeden Tag, dass Mobilität zersplittert organisiert wird. Unterschiedliche Zuständigkeiten, Tarife und Systeme sorgen dafür, dass vieles unnötig kompliziert ist. Pendlerströme überschreiten täglich Gemeinde- und Kreisgrenzen, während Verkehrsplanung, Betrieb und Infrastruktur häufig an administrativen Grenzen enden, obwohl Mobilität doch verbinden soll. Das kostet Zeit, Geld und Vertrauen. Und es führt dazu, dass gute Mobilität oft nicht an Ideen scheitert, sondern an Strukturen. Vorrangiges Ziel einer nachhaltigen Mobilität muss es sein, das individuelle motorisierte Verkehrsaufkommen zu reduzieren, was mit einer deutlichen Steigerung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel, wie z.B. dem ÖPNV verbunden ist. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um die Menschen zu ermutigen, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, darunter:

Lösungen

Vernetzung der Verkehrsgesellschaften im Rhein-Main-Gebiet

- eine einfache, digitale und nutzerfreundliche Ticketgestaltung, etwa durch flächendeckende In-&-Out-Systeme, die das automatische Ein- und Auschecken ermöglichen und den Tarifdschungel für Fahrgäste deutlich reduzieren.
- Entwicklung der Rhein-Main-Region zu einer Modellregion des klimaneutralen und zunehmend automatisierten ÖPNV. In den Bereichen ohne Schienenanbindung haben autonom fahrende Busse, wie schon in Darmstadt der Fall, sowie Kleinbusse für den On-demand-Verkehr das Potenzial, den ÖPNV

klimateutral, bedarfsgerecht und kostengünstig zu gestalten. Pilotprojekte zum autonomen Fahren sind daher stärker zu unterstützen.

Förderung von umweltfreundlichem Verkehr

- einen leistungsfähigen ÖPNV, der sich an Pendlerbedarfen und nicht an Stadt- oder Kreisgrenzen orientiert. Bus- und Bahnverbindungen müssen weiter grenzüberschreitend geplant, besser vertaktet und verlässlich betrieben werden, damit noch vorhandene Brüche zwischen Nachbarkommunen überwunden werden.

Förderung der Mikromobilität und des Radverkehrs

- zügige Planung und Realisierung von Radwegschnellverbindungen zwischen Städten und Gemeinden, die Pendelverkehre wirksam verlagern und sichere, durchgängige Alternativen zum Auto schaffen.
- Schließung der Lücken in der Verkehrsinfrastruktur ist der erste Schritt, um Stadtbewohner zu ermutigen, öffentliche Verkehrsmittel anstelle des Autos zu benutzen (das Problem der „letzten Meile“). Es ist entscheidend, die Mikromobilität für die vielen Menschen zu erhöhen, die nicht in der Nähe einer Haltestelle des öffentlichen Verkehrs wohnen oder arbeiten. Das bedeutet:
- Wo immer möglich, sollen baulich getrennte Radwege und gut sichtbare Schutzstreifen für sicheres Radfahren nach Frankfurter Vorbild auf Straßen eingerichtet werden. Ebenso wollen wir Ampelschaltungen so anpassen, dass Fußgänger und Radfahrende sicherer und komfortabler unterwegs sind. Angesichts schlechter Bewertungen des Radverkehrs in beiden Kreisen ist es höchste Zeit, zeitgemäße Radverkehrskonzepte endlich umzusetzen und laufend weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch der weitere Ausbau des Radschnellwegs von Friedrichsdorf über Oberursel über Eschborn nach Frankfurt.
- Fahrradverleihstationen an Bahnhöfen.
- Rikschafahrten für mobilitätseingeschränkte Menschen und Touristen.

Förderung von Carsharing

- Wir fordern den gezielten Ausbau von Park-&-Ride-Infrastruktur im Umland der großen Städte im Rhein-Maingebiet. Wir müssen interkommunale

Kooperationen stärken, damit Flächenbereitstellung und Betrieb nicht länger an Einzelinteressen scheitern.

- Carsharing-Angebote mit Flatrate-Modellen haben gegenüber Individual-Pkws den Vorteil, dass sie nicht in den Innenstädten parken müssen, wo die Parkmöglichkeiten begrenzt sind.

Umweltfreundlicher Verkehr auf der Schiene

- Um den Verkehr in Zukunft nachhaltiger zu gestalten, sollte der Schienenverkehr mit Ökostrom oder batteriebetriebenen Zügen ausgebaut werden
- Ausbau der RB15 und RB12, 15-Minuten-Taktung
- Elektrifizierung der RB12 und RB15 vorantreiben

Förderung von Co-Working-Spaces

Best Practice Greater Manchester: Wie Metropolregionen bereits umsteuern

Dass diese Vision nicht abstrakt bleiben muss, zeigt der Blick nach Großbritannien. Die Metropolregion Greater Manchester hat frühzeitig eine regionale Mobilitätsstrategie aufgesetzt und diese in ein institutionelles Modell überführt. Die Verkehrspolitik wird dort durch eine übergeordnete Verkehrsbehörde koordiniert, die Planung, Finanzierung und Betrieb über zehn lokale Gebietskörperschaften hinweg bündelt. Mit dem „Bee Network“ entsteht ein multimodales System mit einheitlichem Ticketing, integrierten Verkehrsangeboten und dem politischen Ziel, die Abhängigkeit vom privaten PKW deutlich zu reduzieren. Die Region wurde für ihre strategische Mobilitätsplanung auf europäischer Ebene ausgezeichnet – ein Beleg dafür, dass metropolweite Verkehrsgestaltung funktioniert und Wirkung erzeugt.

Das Beispiel zeigt: Wo Metropolräume als funktionale Einheiten betrachtet werden und Governance-Strukturen geschaffen werden, die dieser Realität entsprechen, entstehen leistungsfähigere, gerechtere und klimaverträglichere Mobilitätssysteme. Entscheidend ist dabei nicht die Größe der Region, sondern der institutionelle Wille zu Kooperation, Standardisierung und gemeinsamer Investition.

Umwelt

Der Taunus hat als Naturraum über die Region hinaus eine große Bedeutung. Stehen doch seine bewaldeten Höhen, die schon von weitem über der Rhein-Main-Ebene erkennbar sind, nicht nur das Markenzeichen des Hochtaunuskreises, sondern dienen für seine Bewohner und Touristen auch als Erholungslandschaft. Darüber hinaus erfüllt der Taunus eine wichtige Umweltfunktion über seine Grenzen hinaus: ob als Kaltluftentstehungsgebiet für Frankfurt am Main, als Rückzugsort bedrohter Tierarten, oder auch als Quellgebiet regional wichtiger Bäche und Flüsse mit Mündungen in Lahn, Nidda und Main, darunter die Weil, die Usa oder auch der Erlenbach. Die Naturschutzgebiete des Kreises schützen regional einmalige Bereiche, welche äußerst erhaltenswert sind. Letztlich profitieren Bewohner wie auch die Wirtschaft von einer gesunden Umwelt im Hochtaunuskreis, weshalb der Kreis- und Kommunalpolitik hohe Verantwortung zum Erhalt dieser Naturräume zukommt. Die Unterstützung der lokalen Akteure ist eine elementare Aufgabe umweltpolitischer Arbeit.

Herausforderungen

Ein Blick auf den Taunuskamm reicht: Die Zeichen einer Veränderung unserer Umwelt nehmen zu. Schutzgebiete und Wälder leiden zunehmend unter verschiedenen Stressfaktoren wie längeren Trockenperioden, Schädlingsbefall, Extremwetterereignissen und einem zunehmenden Besucherdruck. Ergebnis sind großflächige Abholzungen, immer kleinere störungsfreie Rückzugsorte für Tierarten, fehlendes Wasserhaltevermögen und in der Folge Hochwasser oder Starkregenereignisse in den Siedlungen, sowie eine zunehmende Vermüllung. Eine die Umwelt zu stark nutzenden Politik und Bewirtschaftung haben den Taunus angreifbar gemacht für Klimawandel und Artensterben. Es ist nun an der Zeit, im Kreisgebiet elementare Entscheidungen zu treffen, um unsere Umwelt zum einen zu erhalten, zum anderen aber auch anzupassen an die zukünftig noch stärker werdenden Einflüsse. Nachfolgende Generationen werden uns an unseren heutigen Entscheidungen messen. Wir sollten sie nicht enttäuschen.

Lösungen

- **Klima- und Hitzeschutz auf und in Einrichtungen des Kreises und der Kommunen:** Kreis und Kommunen müssen Vorbilder sein und auf ihren Gebäuden Flächen für erneuerbare Energien planen und umsetzen. In den Gebäuden sind energiesparende Technologien einzusetzen. Für den

Hitzeschutz sind in Schulen, Kreiskrankenhäuser und Einrichtungen vulnerabler Gruppen Räume mit ausreichender Kühlung bereitzustellen. Vorbild können städtische Planungen aus dem Mittelmeerraum sein, die das Problem der Gefährdung der Bevölkerung durch Hitze längst erkannt haben.

- **Kommunalwald klimaresilient machen:** Wo den Kommunen möglich soll der in Eigenbesitz befindliche Wald für den Klimawandel umgebaut werden. Klimaresiliente Baumarten sind in Abstimmungen mit den Forstexperten anzupflanzen. Die Kommunen müssen sich von größeren Gewinnen aus dem Holzverkauf verabschieden und den Wald vorrangig als Schutz der eigenen Bevölkerung ansehen. Auf schnell wachsende, wenig nachhaltige Baumarten sollte ab sofort verzichtet werden.
- **Den Taunus als Modellregion des Wassermanagements machen:** Der Taunus mit seinen Höhen und Wäldern muss jeden Tropfen Niederschlag besser speichern. Das verhindert Starkregenabflüsse und Hochwasser in den Siedlungen. Die Überflutungen in Oberursel und Bad Homburg der letzten Jahre waren ein klarer Beweis, dass Schutz vor solchen Schadensereignissen bereits im Quellgebiet der kleinen Bäche und auf den Taunushöhen beginnt. Auch müssen wir mehr Grundwasserneubildung ermöglichen und Wasserverbrauch managen, damit Wassernotstände und eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung in trockenen Sommern die Ausnahme bleiben. Auch müssen Bach- und Flussläufe renaturiert werden, damit wieder artenreiche Auen und Überflutungsflächen entstehen können.
- **Besucherlenkung verbessern, Rückzugsräume für die Natur erhalten:** Der Besucherdruck auf den Feldberg und die gesamte Taunushöhe sind längst Thema in den Medien. Kommunen, Förster und Naturparkverwaltung müssen kreisweit an einem Konzept arbeiten, wie Besucherströme zu allen Jahreszeiten besser in den Taunus gelangen und diesen genießen können. Dabei müssen aber auch Bereiche definiert werden, die der Natur als Rückzugsort überlassen werden.

Transparenz und Bürgerbeteiligung

Eine starke Demokratie lebt vom aktiven Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Besonders auf kommunaler Ebene, wo Politik direkt vor der Haustür stattfindet, haben Menschen das Recht und die Möglichkeit, ihre Lebenswelt aktiv mitzugestalten. Echte Bürgerbeteiligung bedeutet mehr, als nur alle vier oder fünf Jahre zur Wahlurne zu gehen – sie schafft kontinuierliche Räume für Dialog, Mitbestimmung und gemeinsame Problemlösung. Wenn wir Bürgerinnen und Bürgern bewusst Plattformen und Strukturen zur Verfügung stellen, um sich einzubringen, entstehen nicht nur bessere politische Entscheidungen, sondern auch ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl und eine höhere Identifikation mit dem eigenen Wohnort. Bürgerbeteiligung ist damit kein Hindernis für effiziente Verwaltung, sondern der Schlüssel zu nachhaltigen und von der Gemeinschaft getragenen Lösungen. Bürgerbeteiligung ist auf kommunaler Ebene besonders wertvoll, da hier die direkten Auswirkungen politischer Entscheidungen auf den Alltag der Menschen am spürbarsten sind.

Herausforderungen

Bürger:innenbeteiligung ist in vielen Kommunen noch weit entfernt davon, gelebte Realität zu sein. Zwar gibt es eine wachsende Zahl von Verfahren, doch sie leiden oft unter zentralen strukturellen Problemen: Zum einen fehlt es häufig an Transparenz. Informationen werden zurückgehalten oder unzureichend aufbereitet. Das führt zu Misstrauen und schadet dem Vertrauen in Politik und Verwaltung. Ein weiteres Problem ist das sogenannte Beteiligungsparadoxon: Das Interesse der Bürger:innen wächst meist dann, wenn Projekte bereits weit fortgeschritten sind – während zu Beginn, wenn echte Mitgestaltung möglich wäre, die Beteiligung noch gering ist. Dadurch verpufft die Chance, Konflikte früh zu lösen. Zudem ist Beteiligung oft sozial selektiv: Menschen mit höherer Bildung und Einkommen beteiligen sich überdurchschnittlich, während Gruppen mit Migrationshintergrund, Jugendliche oder Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit unterrepräsentiert sind. Digitale Formate haben hier ein besonderes Potenzial, da sie nachweislich inklusiver wirken können. Schließlich bleibt die Beteiligung vielfach wirkungslos, weil Rückmeldungen nicht ernsthaft in Entscheidungen einfließen. Bürger:innen fühlen sich dadurch übergangen, was zu Politikverdrossenheit und sinkender Motivation zur Mitwirkung führt.

Lösungen

- **Bürgerräte:** Wir setzen verstärkt auf losbasierte Bürgerräte auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, um repräsentative Empfehlungen aus der Gesellschaft zu erhalten.
- **Transparenzplattformen:** Nutzung von spezialisierten Portalen, um beispielsweise Transparenz bei Windenergievorhaben zu schaffen. Oder der Mobilitätsplattform primoo in Oberursel, zu der z.Zt. eine Ausstellung im Frankfurter Historischen Museum läuft.
- **Digitale Tools:** Plattformen wie die Open-Source-Software **Consul** finden in immer mehr deutschen Kommunen Anwendung, um Beteiligungsprozesse gebündelt online abzubilden.
- **EU-Initiativen:** Die EU stärkt die direkte Einbindung durch die Registrierung neuer europäischer Bürgerinitiativen (z. B. zu Ethik und Transparenz politischer Parteien im Januar 2026).

Inklusion und Integration

Newcomer und Expats

Im Hochtaunuskreis leben über 50.000 Menschen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, davon sind knapp 20.000 Menschen EU-Staatsbürger.⁵ Das unterstreicht, wie international unsere Region ist. Viele Menschen kommen in den Hochtaunuskreis, entweder langfristig oder nur temporär für ihren Arbeitgeber, der sich oft in Frankfurt befindet. Diese Neuankömmlinge und Expats stehen irgendwann vor der Frage, ob sie bleiben oder nicht. Um dem demografischen Wandel sowie dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen sowohl Frankfurt als auch der Hochtaunuskreis sich als langfristige Heimat präsentieren. Neben vielen Faktoren, wie Wohnraum, Infrastruktur und wirtschaftlicher Stärke sind noch weitere Punkte für diese Gruppe wichtig, damit sie sich wohl fühlen und bleiben möchten.

Herausforderung

Traditionelle Verwaltungsstrukturen und Ausländerbehörden werden oft als kontrollierende und restriktive Instanzen wahrgenommen, während Sprachbarrieren die Kommunikation erschweren und Geflüchtete keine klare Anlaufstelle für ihre vielfältigen Anliegen haben. Die ineffiziente Arbeitsweise der Ausländerbehörden hat gravierende Auswirkungen auf Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Sie verlieren möglicherweise ihren Arbeitsplatz, können Familienangehörige nicht nachholen und erleben lange Wartezeiten für wichtige Dokumente. Dies führt zu Unsicherheit und Stillstand in ihrem Leben. Die Behörden sind durch lange Bearbeitungszeiten, schlechte Erreichbarkeit, unfreundliches Personal und teilweise diskriminierende Vorfälle geprägt. Betroffene fühlen sich oft als Menschen zweiter Klasse behandelt und sind den Sachbearbeitern ausgeliefert, ohne Möglichkeit zur Beschwerde. Diese Probleme bleiben oft unbemerkt von Menschen ohne internationale Familiengeschichte.

Lösung

Die Ausländerbehörde soll zu einer Willkommensbehörde umgebaut werden, die sich um alle Belange rund um Migration und Integration kümmert. Dazu soll ein entsprechendes inklusives Leitbild für die Migrations- und Integrationspolitik unseres Kreises entwickelt werden. Die neue Willkommensbehörde soll auf zwei Pfeilern stehen: Einerseits ein Welcome-Desk für EU-Bürger*innen und andererseits ein Welcome Desk für alle Drittstaatsangehörige:

⁵ Hessisches Statistisches Landesamt

- **Welcome-Desk für EU-Bürger*innen (“EU-Welcome-Desk”):**
In der Verwaltung soll ein „EU-Welcome-Desk“ eingerichtet werden. Dieser verfolgt das Ziel, die Ansiedlung von EU-Bürger*innen und ihren Familien zu erleichtern. Dies trägt nicht nur zu ihrer schnellen und erfolgreichen Integration bei, sondern entlastet andere Einrichtungen der Stadt. Der EU-Welcome-Desk soll die erste Anlaufstelle für neue EU-Mitbürger*innen in unserer Kommune sein und schon im Vorfeld des Umzugs nützliche Informationen bereitstellen. Die Mitarbeiter*innen können hierfür eng mit allen relevanten Institutionen zusammenarbeiten, z.B. mit Universitäten, Arbeitsagenturen, Konsulaten sowie Unternehmen und anderen öffentlichen Organisationen. Der EU-Welcome-Desk soll jedoch keine Behördengänge für die neuen Bürger*innen übernehmen: Er soll als Vermittler von Informationen verstanden werden. In diesem Rahmen können Ehrenämter und Organisationen vermittelt werden, die bei den Behördengängen unterstützend tätig sind.
- **Welcome-Desk für Drittstaatsangehörige:**
In der Verwaltung soll eine zentrale Stelle für alle Belange zur Migration und Integration eingerichtet werden („One-Stop-Shop-Lösung“). Diese Stelle soll alle Dienstleistungen und Angebote für Geflüchtete unter einem Dach vereinen bzw. vermitteln können (bspw. Beratung zum Aufenthaltsrecht, Sprachkurse, berufliche Orientierung). Wenn die Geflüchteten ein behördliches Anliegen haben, sollen sie sich an diese Stelle wenden und schnell die nötigen Hinweise bekommen können. Auf diese Weise wird den Geflüchteten der Behördenkontakt erleichtert, da die Suche nach der richtigen Ansprechperson und Wege zu unterschiedlichen Ämtern reduziert werden. Geflüchteten werden proaktiv und frühzeitig gesicherte, zuverlässige und umfassende Informationen zu Asylrechten und -pflichten vermittelt.
- **Mehrsprachige Informationen bereitstellen:** Die Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde sollten zumindest auf Deutsch und Englisch arbeiten können. Die Integreat App⁶, die vom HTK bereitgestellt wird, ist derzeit auf Englisch verfügbar. Mittelfristig sollten Onlineinformationen, Formulare etc. in allen EU Sprachen und in den Sprachen der meisten Geflüchteten zur Verfügung stehen. Dies ist durch KI-gesteuerte Übersetzung mittlerweile einfach zu lösen.

Integration von Geflüchteten

⁶ <https://integreat.app/hochtaunuskreis/en>

Volt setzt sich für eine humane, pragmatische und proaktive Integrationspolitik ein. Wir wollen, dass alle Menschen, die in unserem Kreis ankommen, eine faire Chance erhalten, sich sicher zu fühlen und einen eigenen Alltag aufzubauen. Das gilt ganz besonders für junge Menschen und Familien. Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte prägen das kulturelle, wirtschaftliche und soziale Leben im Hochtaunuskreis ganz entscheidend mit – und das seit Jahrzehnten.

Herausforderung

Erfolgreiche Integration benötigt vor allem gute Rahmenbedingungen, insbesondere zur Überwindung von sprachlichen Barrieren, um Dialog, Begegnung und soziale und politische Teilhabe zu ermöglichen. Volt versteht Integration nicht als Einbahnstraße, sondern als Chance zum Austausch und gelebter Vielfalt. Wir machen uns für ein Ende von Abschiebungen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien stark. Zwar ist der Hochtaunuskreis nicht direkt für Abschiebungen zuständig, wenn Kinder hier soziale Einrichtungen besuchen oder zur Schule gehen, sehen wir es dennoch als Verantwortung des Kreises, all seine Möglichkeiten zu nutzen, um zu verhindern, dass sie durch eine Abschiebung ihrem sozialen Umfeld entrissen werden.

Lösungen

Kinder und Jugendliche: Wir wollen Kinder und Jugendliche durch gezielte Maßnahmen fördern, dies umfasst den Ausbau der Angebote in den Ankommensstrukturen für junge Geflüchtete, inkl. Beratung und Schutz, den Ausbau von jugendgerechten Sprachkursen, die Einhaltung des Kinderschutzes und Kinderrechten in Geflüchtetenunterkünften. Damit die Anforderungen an Schulen und Ausbildungsplätze erfüllt werden, setzen wir uns für die Bereitstellung von Jugendräumen in den Unterkünften ein. Wir wollen die Bereitstellung von Endgeräten und Förderung des digitalen Lernens junger Geflüchteter ermöglichen.

Dezentrale Unterbringung: Ankommende Geflüchtete sollten nur kurzfristig in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Im Anschluss an die Erstaufnahmeeinrichtung gibt es keine Sammelunterkunft mehr. Das Ziel ist, Geflüchtete (unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus) so schnell wie möglich dezentral unterzubringen (bspw. in Familien, Mehrgenerationenwohnen, eigene Wohnungen). Nicht nur hat sich gezeigt, dass eine dezentrale Unterbringung deutlich kosteneffizienter ist als eine Sammelunterkunft, sondern auch die Teilhabechancen an der Gesellschaft werden durch eine dezentrale Unterbringung deutlich erhöht. Geflüchtete sollen bei der Suche nach einem neuen Zuhause unterstützt und beraten werden. Dezentraler Wohnraum ist zwar im Hochtaunuskreis, wie überall knapp, aber

mit den sinkenden Zahlen von neu ankommenden geflüchteten Menschen sollte dies zumindest mittelfristig möglich sein.

Bezahlkarte: Durch die Einführung der Bezahlkarte in Hessen ist auch der Hochtaunuskreis dazu verpflichtet, diese umzusetzen. Volt sieht in der Bezahlkarte Symbolpolitik ohne belegbaren Nutzen. Um im Hochtaunuskreis den Menschen mit Bezahlkarte dennoch ein Leben in Würde zu ermöglichen, ist es notwendig, ihnen möglichst viel Selbstbestimmung im Alltag zu gewähren. Wir stellen infrage, ob die Nutzung der Bezahlkarte nachweislich den Verwaltungsaufwand verringert. Aus diesen Gründen wollen wir alle konkreten Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene nutzen, um den Einsatz der Bezahlkarte sowohl im Sinne der geflüchteten Menschen als auch im Sinne der Verwaltung zu gestalten.

Sprachkurse: Sprachkurse sollten dezentral und dem Wohnort der Geflüchteten so naheliegend wie möglich angeboten werden. Zur Zeit müssen Geflüchtete oft weite Wege zu Sprachkursen in Orten die mit dem ÖPNV schwer erreichbar sind, auf sich nehmen, aus Königstein kommende müssen z.B. nach Wehrheim pendeln. Lokale Angebote, die oft von Ehrenamtlichen geführt werden, sollten vom Kreis unterstützt werden.⁷ Der Kreis sollte auch in regelmäßigen Abständen spezielle Sprachkurse anbieten, die die Chancen bieten, Geflüchtete in dringend benötigte Jobs zu bringen, wie z.B. Deutsch für Pflegefachkräfte.

Best Practice - Kontakten

„Kontakten“ in Uppsala ist ein offenes Begegnungszentrum, das Integration und gesellschaftliche Teilhabe fördert. Es bietet Geflüchteten und Asylsuchenden Unterstützung durch Sprachcafés, psychosoziale Angebote, Gesundheitsförderung und Orientierung im schwedischen Alltag. Die Einrichtung wird von der Stadt Uppsala unterstützt und arbeitet mit zahlreichen Vereinen zusammen. Ziel ist es, soziale Netzwerke zu stärken, Eigeninitiative zu fördern und Barrieren abzubauen. „Kontakten“ schafft einen sicheren Begegnungsort.

Best Practice - Wiesbaden: Arbeitsmarkt- und Integrationsberatung für Geduldete und Gestattete

Dieses neue Projekt, das sich an einem ähnlichen und sehr erfolgreichen Vorstoß aus Köln orientiert, soll die Betroffenen dabei unterstützen, eine berufliche und

⁷ Wie zum Beispiel im Verein Windrose e.V. in Oberursel, oder im i-punkt in Königstein.

aufenthaltsrechtliche Perspektive zu erarbeiten. Auch Menschen, die sich noch in einem Asylverfahren befinden, macht Wiesbaden ein Angebot, denn auch sie leben oft jahrelang in Ungewissheit. Durch gesetzliche Regelungen wie den ‚Spurwechsel‘ kann ihnen durch Arbeitsmarktintegration eine zügigere Perspektive in Deutschland geboten werden, unabhängig vom weiteren Verlauf des Asylverfahrens.⁸

8

<https://www.fr.de/rhein-main/wiesbaden/weg-aus-der-warteschleife-so-hilft-wiesbaden-langzeitgeduldeten-93785978.html>

Wohnen

Preiswerter Wohnraum – das soziale Thema unserer Zeit

Herausforderungen

Die Schaffung von preiswertem Wohnraum ist für uns ein zentrales Thema. Allein in Oberursel leben z.B. rund 1.100 wohnungssuchende Personen mit und ohne Wohnungsberechtigungsschein. Alle diese Menschen warten dringend auf Wohnraum. Wir setzen uns daher ein, dass diese Personen Aussicht auf preiswerten Wohnraum haben. Dabei gibt es seitens der Stadtverwaltungen, auch in Zusammenarbeit mit dem Kreis, verschiedene Instrumente und Möglichkeiten, preiswerten Wohnraum zu realisieren, wenn der politische Wille dazu gegeben ist.

Lösungen

Erbpacht: Ein wesentlicher Kernpunkt, um die Mieten von preiswertem Wohnraum niedrig zu halten, sehen wir in der Vergabe von Erbbaugrundstücken. Dabei übergibt die Stadt ein städtisches Grundstück in Erbpacht an einen Investor, der für einen festgelegten Zeitraum von zum Beispiel 60 Jahren das Grundstück entwickeln darf und es anschließend wieder in den Besitz der Stadt zurückkommt. Die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht hat außerdem den Vorteil, dass die Kommune den dort errichteten Wohnraum vom Investor anmieten kann und diesen wiederum an Personen mit Wohnungsberechtigungsschein weitervermietet. Dadurch entstehen dem Investor keine Mietausfälle, da die Kommune dauerhaft Mieter ist und somit ein Mietausfallrisiko entfällt, das zu einer Reduzierung der Investitionskosten führen kann.

Zinslose Kredite: Neben der Vergabe in Erbpacht gibt es ein weiteres Instrument, um preiswerten Wohnraum zu realisieren, nämlich die Inanspruchnahme von zinslosen Krediten durch Wohnungsbauprogramme des Landes Hessen und der KfW. Bei diesen Wohnungsbauprogrammen werden spezielle Darlehen an Städte zinslos vergeben. Da die Zinsen eines Kredites maßgeblich für die Kosten eines Wohnobjektes und für die Rendite des Investors verantwortlich sind, sind solche Wohnungsbauprogramme bei der Schaffung von preiswertem Wohnraum unverzichtbar. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen Fördermittel bei solchen Programmen in Zukunft beantragen.

Genossenschaftliches Bauen und Wohnen: Einen dritten Ansatzpunkt, um preiswerten Wohnraum zu realisieren, sehen wir in einem genossenschaftlichen Aufbau. Dabei möchten wir vorrangig Wohnungsbaugenossenschaften mit der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum unterstützen und auch die Themen „Gemeinschaftliches Wohnen“ und „Mehrgenerationenwohnen“ sind für uns ein Teil der Lösung zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Gemeinschaftliches Wohnen bietet darüber hinaus den wesentlichen Vorteil, die Vernetzung von Menschen verschiedener Herkunft, Generationen und Lebenssituationen zu fördern.

Neuversiegelung vermeiden: Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für die Schaffung von preiswertem Wohnraum ist die Art und Weise der Nutzung vorhandener Flächen. Uns liegen Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung sehr am Herzen, so dass wir eine Neuversiegelung von Flächen so gut es möglich ist vermeiden möchten. Daher setzen wir uns dafür ein, preiswerten Wohnraum möglichst auf bereits versiegelten Flächen zu errichten. Eine Möglichkeit zur effizienten Ausnutzung von Flächen sehen wir in der Aufstockung von Supermärkten zur Schaffung von Wohnraum. Dazu bedarf es einer Änderung der Bausatzung, welche die jeweiligen Stadtverordnetenversammlungen beschließen kann. Zwar ist damit nicht gesichert, dass Supermärkte dies auch umsetzen werden, allerdings wird dies bereits in vielen anderen Städten Deutschlands von Supermärkten praktiziert. Mit einer Änderung der Bausatzung würde die Kommune somit den Grundstein für weitere Aktivitäten in dieser Hinsicht legen. Eine effiziente Ausnutzung von Flächen lässt sich auch durch die Umwandlung leerstehender Gewerbeimmobilien in Wohnraum realisieren. Dazu bedarf es einer Umwandlung von Gewerbe- in Mischgebiete. Am Beispiel der Thomas Cook Zentrale in Oberursel sieht man, dass die Umwandlung von Gewerbeimmobilien im Wohnraum möglich ist, wenn dies politisch gewollt ist.

Best Practice - Frankfurt: Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen

Das Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V. arbeitet an der Umsetzung innovativer und gemeinwohlorientierter Wohnformen durch Bildungs- und Vernetzungsarbeit in Frankfurt und der Rhein-Main-Region.⁹ Das Netzwerk Frankfurt wurde 2005 gegründet und besteht inzwischen aus rund 90 Mitgliedsgruppen aus Frankfurt und der Region sowie über 100 Einzelmitgliedern. Die Koordinations- und Beratungsstelle berät, begleitet und unterstützt Einzelpersonen, Initiativen und realisierte Wohnprojekte im Prozess des gemeinschaftlichen Wohnens. Bereits rund 50 Wohnprojekte wurden bereits realisiert oder sind in der Planungs- bzw. Bauphase.

⁹ <https://www.gemeinschaftliches-wohnen.de/>

Stand: 15.2.2026